

## FRAGESTUNDE

Beginn: 13.40 Uhr  
Ende: 14.30 Uhr

### 1) Bezirkssportplatz Graz - Mariatrost

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregerungsmitglieder, sehr geehrter Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Im April 2010, da habe ich bereits eine Anfrage gestellt betreffend des Bezirkssportplatzes Graz – Mariatrost, der damals schon nicht benutzbar war aufgrund von eingeleiteten Abbrucharbeiten, es sollte ein Umbau, ein Neubau erfolgen und damals wurde ich vertröstet auf Herbst, dann sei alles sozusagen geregelt, es sei alles eingeleitet, es wurde auch angekündigt auf, meine Bitte hin, eine entsprechende Ankündigung anzubringen, damit auch die Öffentlichkeit sieht, welches Volumen das Projekt hat und wann die Fertigstellung, die Inbetriebnahme dieses Bezirkssportplatzes wieder erfolgen wird. Denn die Jugend in Mariatrost ist berechtigterweise ungeduldig, die Tore des Fußballplatzes sind seit Monaten abmontiert und die Jugend muss in andere Bezirke ausweichen, was natürlich mit zusätzlichem Verkehr und zeitlichem Aufwand verbunden ist. Ich würde gerne diesen Antrag nicht stellen, bin aber so hartnäckig genug nach einem halben Jahr wiederzukommen, weil ich denke, dass sollte man nicht auf Ankündigungen wirklich belassen, sondern man sollte hier mit Nachdruck wirklich auch darauf drängen, dass das Umgesetzte nicht in Vergessenheit gerät, weil

Gerüchte gibt es genug, dass hier auf Verzögerung hin gearbeitet wird. Zeit des nutzlosen Verrinnens ist genug vorbei.

Ich stelle daher neuerlich an Sie, Herr Stadtrat, die

### **F r a g e**

Wann werden die Kinder und Jugendlichen aus Graz-Mariatrost wieder über einen ordentlichen und vollständig funktionsfähigen öffentlichen Bezirkssportplatz verfügen, auf dem insbesondere Fußball gespielt werden kann? Geben Sie hierzu bitte einen definitiven Fertigstellungstermin bekannt (*Applaus BZÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Anfang dieser Woche war ich vor Ort und habe den letzten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Vermessungsarbeiten beigewohnt, das heißt, mit den Bauarbeiten sollte morgen oder spätestens Anfang nächster Woche begonnen werden. Das Bauvolumen beträgt 231.000 Euro. Der Bezirkssportplatz wird mit einem Allwetterplatz für Fußball und Basketball ausgestattet werden, es wird eine Rasenfußballfläche geben, ein Rasenvolleyballfeld, wir stellen auch Radständer auf und Sitzgelegenheiten. Nach Angabe der Baufirma ist mit einer Bauzeit von fünf bis sechs Wochen zu rechnen und ich hoffe, dass wir also noch und ich gehe eigentlich sicher davon aus, dass in diesem Herbst der Bezirkssportplatz zumindest was den Hartplatz anbelangt sicher benutzbar sein wird, mit den Rasenflächen wird es natürlich auch davon abhängen, wie schön der Herbst auch weiterhin ist.

GR. Mag. **Mariacher**: Vielen Dank für die Beantwortung. Man sieht, Nachdruck zahlt sich aus, ich freue mich auf die gemeinsame Eröffnung. Danke.

## 2) Bäume am Kaiser-Josef-Platz

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa! Jeder von uns kennt den Kaiser-Josef-Markt, jeder flaniert gerne über den Markt, er hat ein ganz besonderes Flair, es ist auch der bestfrequentierteste Markt und der ausgelastete Markt und ganz besonders zu diesem Flair beitragen tun auch die großen Kastanien rundherum. Leider leiden die sehr, sind alle schon krank und auch teilweise gefällt worden und nachgesetzt. Die alten Bäume sind krank und die jungen können nicht nachkommen. Nach Nachfrage in den Ämtern habe ich erfahren, dass es das Salzaufbringen in der Vergangenheit war oder es sind alle noch ungeschlüssig oder die Miniermotte oder das tägliche Waschen des Marktplatzes.

Daher stelle ich seitens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die

### **F r a g e :**

Was gedenkst du zu tun, damit am Kaiser Josefplatz die Bäume sich wieder wohl fühlen und die Marktbesucher und Marktbeschicker trotzdem sicher über den Platz kommen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke liebe Frau Gemeinderätin, liebe Verena! Ich beantworte dir die Frage gerne. Auch mir liegt an jedem einzelnen Baum in dieser Stadt. Von der

Zuständigkeit her hätte die Frage mein Nachbar, der Bürgermeister, beantworten müssen, weil eigentlich die Baudirektion der Ansprechpartner ist, trotzdem gebe ich dir eine Antwort, weil wir ja bei der Umsetzung sehr wohl betroffen sind. Die alten Bäume, übrigens eben nicht nur am Kaiser-Josef-Platz sondern auch am Jakominiplatz und am Lendplatz kämpfen deshalb um ihr Leben, weil bei der Umgestaltung dieser Plätze, die von der Fachabteilung Grünraum geforderten Standortverbesserungen für die Bäume leider nicht umgesetzt wurden. Aus fachlicher Sicht und dazu gibt es wirklich die Experten im Haus, haben wir das auch hier herinnen schon öfter kommuniziert, sind bei der Umgestaltung von Plätzen und Straßen, in denen bereits Altbestände vorhanden sind aber auch bei Neupflanzungen folgende Kriterien zu beachten. Erstens müssten die Baumscheiben mindestens 3 x 3 Meter inklusive eines Substrattauses, also Baums substrat messen. Die Abdeckung der Baumscheibe müsste mit einem Gitterrost erfolgen als Schutz gegen die Bodenverdichtung, die Erhöhung der Einfassung müsste gegen den Salzeintrag stattfinden. Weiters gehörte damit gerade an den sehr trockenen Plätzen, wo die Sonne sehr stark hin scheint, eine Bewässerungsmöglichkeit, eine automatische Bewässerung installiert. Und diese Bedingungen gibt es für diese Bäume an dem genannten Platz leider nicht. Es gibt allerdings inzwischen doch einige positive Beispiele in der Stadt bei Neugestaltungen, wo man den nötigen Lebensraum gegeben hat und wo wir auch sehen, dass diese Bäume sich gut entwickeln. Das können wir vom Karmeliterplatz, vom Freiheitsplatz und vom Messevorplatz berichten. Für die Bäume am Kaiser-Josef-Platz sehen weder die Wirtschaftsbetriebe noch die Abteilung für Grünraum, wir haben dort beide noch einmal befasst, Verbesserungsmöglichkeiten, weil bei jeder Ersatzpflanzung der Standraum nur immer im Ausmaß von 1 x 1 Meter dort stattfinden kann und damit der Erdaustausch nur in sehr kleinem Rahmen stattfindet. Die Baumscheiben niveaugleich mit der Platzgestaltung definiert sind und kein Schutz gegen Salze besteht, die Baumscheiben als Marktstandfläche verwendet werden, die Reinigung der Marktflächen im Sommer mit dem Waschwagen ebenfalls diese Baumscheiben entwässert, dass durch die fehlende Versickerungsfähigkeit, weil es eben so klein ist, dann zu einem Vernässen des Standortes führt. Der Winterdienst Salz zwar sehr

sparsam aufbringt aber eben auch vermutet wird, wie du es richtig sagst, dass dadurch, dass das nicht erhöht ist, diese Beschädigung stattfindet. Das heißt, solange man dort nicht hergeht und auch am Marktraum mehr Platz schafft, das heißt aber auch eine Reduktion der Standflächen für die Standler, werden wir dort weiterhin mit einer erhöhten Krankheitsanfälligkeit konfrontiert sein, das heißt, alle Argumente, die du gehört hast, haben einen Zusammenhang, aber letztendlich sehen wir, dass wir bei neuen Maßnahmen viel strenger sind und dass es wirkt. Bei Altbeständen gibt es leider einen Zusammenhang, der einfach aus der Einteilung des Raumes gegeben ist. Zusammenfassend kann man sagen, dass eben noch einmal an alle Abteilungen zu appellieren ist, damit sind meine Abteilungen genauso betroffen, dass man wirklich, wir wissen es auch aus der Bevölkerung, die ja immer das Bedürfnis nach mehr Grün im öffentlichen Raum äußert, in der Planung schon rechtzeitig auf den nötigen Platz achtet. Da gibt es dann immer die Konfrontation mit Parkplätzen, wir wissen eh, wie das dann mit dem öffentlichen Raum ausschaut. Aber das ist wirklich an alle Abteilungen und da gehört von der Baudirektion auch darauf geschaut, dass das auch wirklich umgesetzt wird (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser**: Vielen Dank für die Antwort. Also dass man bei den zukünftigen Planungen der Märkte oder Plätze darauf schaut, ist ok und ist fein, aber das löst jetzt nicht das Problem am Kaiser-Josef-Platz. Also über kurz oder lang wird das, wenn ich das jetzt so verstehe, ein kahler Platz sein und wir werden jetzt den ersten Bauernmarkt ohne Bäume haben, die Schatten spenden, worunter wir wandeln. Was ich jetzt vorschlage und ich frage, bist du auch bereit mit anderen Abteilungen ein Projekt aus der Taufe zu heben, wo erstens einmal, die Ursache ist ja noch nicht ganz klar, was wirklich die Ursache ist, die Ursache auszuheben und dann wirklich zu planen, wie kann man den Platz auch sanieren.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich habe versucht zu erläutern in der Abteilung für Grünraum sind die Ursachen sehr klar und es gibt deswegen auch ein Reglement. Es ist eine Platzgestaltung neu in dem Fall anzudenken und Platzgestaltungen fallen in die Ressortzuständigkeit der Baudirektion. In dem Sinn bin ich natürlich immer gerne bereit, das zu unterstützen. Wir mit den Wirtschaftsbetrieben würden dann auch entsprechend umsetzen, aber Platzgestaltung am Kaiser-Josef-Platz würde sich neu auf tun, wenn man sagt, man schafft für Neubewuchs dort neue Rahmenbedingungen. Der Altbestand, das sagen beide Seiten Wirtschaftsbetriebe die dort pflegen genauso wie die Abteilung für Grünraum ist derzeit keine Perspektive für diese Bäume auf längere Sicht und das ist leider nicht nur dort der Fall.

### **3) Baubeginn Südgürtel**

GRin. **Haas-Wippel** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa! Da geht es um ein Projekt, das uns schon 30 Jahre beschäftigt, es geht um die Unterflurtrasse in Liebenau. Jetzt gibt es ja Gott sei Dank einen Umweltverträglichkeitsbescheid, einen positiven und wir erwarten ganz, ganz dringend, dass seitens der Stadt auch Maßnahmen gesetzt werden, die für rund 50.000 BewohnerInnen und AnrainerInnen dieser Unterflurtrasse eine Entlastung darstellen würden.

Deshalb meine

**F r a g e**

an dich: Welche konkreten Schritte werden seitens der Stadt Graz unternommen, beziehungsweise sind heuer noch geplant, um nach dem positiven Bescheid der UVP den Baubeginn des Südgürtels voranzutreiben (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Liebe Gemeinderätin! Ich kann jetzt einmal hier von der Seite der Stadt folgende Antwort geben. Von Seiten der Stadt wurden alle notwendigen Planungen, du wirst es sicher mitbekommen haben die ganze Verkehrsberuhigungsplanung im Murfeld, die verkehrlichen Vorbereitungen sind von Seiten der Stadt getroffen. Die Verhandlungen über die Beteiligung der Stadt sind im Gange mit dem Land, allerdings gibt es erstens am Sonntag Landtagswahlen, wir wissen ja nicht, wer in Zukunft im Land zuständig sein wird und, nachdem wir von Landesseite noch nicht sehen, wie die Finanzierung steht, das hat womöglich auch damit zu tun, dass von Bundesseite von der Frau Ministerin Bures gar kein Ohrwaschl sich rührt zum Thema Mitfinanzierung für solche Maßnahmen in der Steiermark. Das heißt, es hängt derzeit überhaupt nicht an der Stadt, von unserer Seite sind die Hausaufgaben erfüllt. Was momentan offen ist, ist wie geht es beim Land weiter und wird es eine Finanzierung geben, die dieses Monsterprojekt auch zustande bringt und da erwarten wir uns auch einmal eine Beteiligung, aber die schaut momentan nicht so aus, als würde die überhaupt in der Steiermark stattfinden, in dem Ausmaß, wie wir sie für die Stadt brauchen würden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

GRin. **Haas-Wippel**: Ich möchte jetzt gar nicht nur die Antwort auf die Finanzierungsfrage fokussiert haben, sondern es geht da ja wirklich um die Grundstücksablösen, um Baufeldfreimachungen und ganz, ganz schwierige Situationen, dass Gewerbetreibende, die bereits 70 Jahre tätig sind, in einer Gärtnerei nicht die Möglichkeit haben zu verkaufen und es werden dir diese Einzelfälle bekannt sein und da gibt es schon einen großen Unmut. Und vielleicht

könnte man da mit Informationsveranstaltungen doch dieses Informationsdefizit, was sehr belastend ist für die Anrainerinnen und Anrainer, lösen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Liebe Waltraud, ich bin die Verkehrsreferentin und nicht die Liegenschaftsreferentin. Grundstücksfragen sind in der Liegenschaftsabteilung abzuklären und es ist dort das Thema und es wird gerade bearbeitet. Mehr kann ich dazu nicht sagen, weil ich da auch nicht ressortzuständig bin.

#### **4) Drohender Verlust der Murwelle**

GRin. **Jahn** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Detlev! In meiner Anfrage geht es um den drohenden Verlust der Murwellen, die ja vor einigen Jahren erst gebaut worden sind und die sich ja in der Stadt sehr großer Beliebtheit auch erfreuen, also für diejenigen, die selber dort surfen oder auch für die KajakfahrerInnen aber auch für diejenigen, die von oben von der Hauptbrücke hauptsächlich hier zum Zuschauen kommen. Nun ist es aber so, dass im Zuge des von der Estag geplanten Kraftwerksbaus der Staustufe Puntigam beide Wellen im Bereich der Mur mehr oder weniger verschwinden werden. Durch die Wasserspiegelerhöhung im Bereich der Hauptbrücke wird es so sein, dass man die Welle nur mehr an ein paar Tagen im Jahr überhaupt nutzen wird können, was natürlich wenig attraktiv für die SurferInnen und KajakerInnen ist, genau auf diese paar Tage hier zu warten. Gleichzeitig ist es aber so, dass die zweite Welle bei der Radetzkybrücke, die vor allem für diejenigen gut geeignet ist, die schon ein bisschen fortgeschrittener beim Surfen und auch beim Kajakfahren sind, gänzlich zerstört wird und somit den Grazerinnen und Grazern ein wesentliches Sporterlebnis da hier zu verschwinden droht. Laut Estag gibt es Pläne



einer Ersatzwelle unten beim Edegger-Steg zu bauen, diese ist aber ziemlich ungewiss, weil diese Wellen brauchen natürlich auch ein wasserrechtliches Verfahren, das vorher abgewickelt werden muss und wie wir wissen von der Wasserrechtsabteilung des Landes Steiermark, bei der wir auch nachgefragt haben, sind solche Verfahren ziemlich aufwändig, ziemlich kompliziert, sie können auch negativ ausgehen und dauern vor allem Jahre. Was bedeutet, dass einfach für die SurferInnen und KajakerInnen hier eine wichtige Sportmöglichkeit im innerstädtischen Bereich auch verlorengeht. Daher auch meine

### **F r a g e**

an dich: Wie bewertest du als zuständiger Sportstadtrat den Verlust der Murwelle für die SurferInnen und KajakerInnen, der aufgrund der Estag-Kraftwerkspläne in Puntigam droht?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ja Frau Gemeinderätin, man kann natürlich auch alles negativ sehen und wenn ich deinen Ausführungen jetzt gelauscht habe ist das ja auch bei dir so. Das Sportamt hat jedenfalls gefordert und beantragt, dass die Sportstätte aber auch das Bootshaus in die UVE einfließen und aufgenommen werden. Ich gehe also davon aus, sofern es zum Bau des Kraftwerkes kommt, dass unsere Forderung auch entsprechend erfüllt wird, dass also Surfer und Paddler auch weiterhin eine Sportstätte haben und dass darüber hinaus sogar auch andere Sportarten wie Rudern, Segeln, Schwimmen etc. dort dann Möglichkeiten vorfinden werden, die über das heutige Angebot hinausgehen.

GRin. **Jahn**: Danke für die Antwort. Die Zusatzfrage: Wird die Stadt in der Zukunft weiterhin die Erhalterin sein von den Wellen oder wird es so sein, wie es scheinbar, also es gibt da Gerüchte, dass die Stadt auch die Betreiberin sein sollte, was auch bedeuten würde, dass wir selber diese ganzen wasserrechtlichen Verfahren machen würden, müssten, was ziemlich aufwändig und auch, also personalaufwändig und auch finanziell aufwändig wird. Also gibt es da schon einen näheren Hinweis, ob Betreiberin oder auch Erhalterin.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also, nachdem wir nicht Verursacher von allfälligen Bautätigkeiten sein werden, gehe ich auch nicht davon aus, dass wir Verfahren abzuwickeln haben, weil wir dann ja auch nicht Konsenswerber sind sondern eben die Estag und der Sprecher der Estag, ich habe da ein Kurzinterview vor mir liegen sagt, kurz gesagt, darum kümmern wir uns, sofern es dazu kommt und davon gehe ich aus.

## 5) Jugendzentrum auf dem Tagger-Areal

GRin. **Bergmann** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Es geht in meiner Anfrage um das Jugendzentrum auf dem Tagger-Areal oder die Möglichkeit zur Einrichtung eines Jugendzentrums. Gerade im Stadtbezirk Gries bedarf es ganz dringend eines Jugendzentrums, vor allem auch für Jugendliche aus dem Bereich der Triestersiedlung. In letzter Zeit hat sich eine Möglichkeit aufgetan, um Räumlichkeiten im ehemaligen Tagger-Areal in der Puchstraße für diesen Zweck anzumieten.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **F r a g e**

an Sie, Herr Stadtrat: Können Sie die Anmietung von Räumlichkeiten des ehemaligen Tagger-Areals in der Puchstraße für ein Jugendzentrum in Betracht ziehen (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Seit Sommerbeginn läuft im Bereich Triester Straße/Muchitschblock das Kunstprojekt „Lebenswert“ mit Jugendlichen, das vom Stadtteilzentrum getragen und vom Jugendamt auch finanziert wird. Im Rahmen dieses Projektes hat es natürlich auch schon Überlegungen zu Räumlichkeiten gegeben, um auch eben in der kalten Jahreszeit Angebote für Jugendliche fortführen zu können. Natürlich ist auch das sogenannte Tagger Areal eines, das man sich näher anschauen muss. Wenngleich ich nicht davon ausgehe, dass der Eigentümer Teile dieses Areals oder Räumlichkeiten teilweise eben vermieten wird. Ich denke, er wird eher Interesse haben, die gesamte Liegenschaft zu verwerten, aber wie gesagt, wir schauen uns es gerne an. Darüber hinaus schauen wir aber in erster Linie, und das macht das Jugendamt gerade, ob es Liegenschaften, Immobilien im Besitz der Stadt Graz gibt, die dafür geeignet wären. Sie schauen sich es halt an und man muss natürlich auch dazu sagen, mit der Anmietung oder Bereitstellung von Räumlichkeiten allein ist es ja noch nicht getan. Ein Jugendzentrum braucht natürlich eine gewisse Personalausstattung und Betreuung. Da muss man auch rechnen, dass neben der Miete rund Kosten von 50.000 Euro pro Jahr zu veranschlagen sind, aber uns ist bewusst, dass es dieses Bedürfnis gibt und wir schauen, was wir zusammenbringen.

GRin. **Bergmann**: Herr Stadtrat, werden Sie uns in nächster Zeit berichten, wie der Stand der Dinge diesbezüglich ist?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Mache ich sehr gerne.

### **6) Kosten für Anhebung der Sperrflächen auf Gehsteigniveau**

GR. Ing. **Lohr** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Sie haben bereits in der Vergangenheit mehrere Maßnahmen gesetzt, um den Autofahrern in Graz das Leben schwer zu machen. Ich erwähne hier nur beispielgebend die Einführung und Ausweitung der Grünen Parkzonen, die generelle Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs sowie die geplante Einführung der Umweltzone.

Zu guter Letzt, und darum dreht sich die heutige Anfrage, wurden weitere Parkplätze, vor allem im Herz-Jesu-Viertel, aufgelöst. In Ihrem Auftrag wurden Sperrflächen an den Kreuzungen markiert, was Sie mit einer besseren Sicht für die Verkehrsteilnehmer begründen. Nun haben Sie im Zuge der Gleissanierungen die Sperrflächen auf Gehsteigniveau anheben lassen, um Halten und Parken für ewige Zeit zu verhindern.

Ich frage mich und viele Bewohner des Bezirks Geidorf fragen sich das, wie werden sie ihre Einkäufe heimbringen können, wie werden die Eltern ihre Kinder zur Schule, zum Kindergarten bringen dürfen, wenn sie dort nicht ihr Auto zum Halten abstellen dürfen. Ihnen ist das egal, das ist mir bewusst und zu Ihrer Verteidigung ziehen Sie gesetzliche Vorgaben heran, die Sie einhalten müssten. Die gleichen gesetzlichen

Bestimmungen gelten allerdings auch in anderen Städten, die aber vernünftiger Umsetzungen wählen.

Da immer mehr Bürger ihren Unmut über Ihre autofahrerfeindliche Politik in der Stadt Graz äußern, gilt es auch die Kosten für diese Maßnahme zu hinterfragen. Ich richte daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, nachstehende

### **Frage:**

Wie hoch waren die Kosten für das Anheben der Sperrflächen auf Gehsteigniveau im Herz-Jesu-Viertel?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Lieber Herr Gemeinderat! Wir werden heute zu späterer Stunde noch eine ausführliche Gelegenheit haben zum Thema Sicherheit und Schutzwege zu diskutieren, weil es ja mehrere Anlässe dazu geben wird. Ich werde jetzt ganz konkret auf Ihre Frage eingehen. Im Zuge der Gleissanierungsarbeiten in der Sparbersbachgasse und der Schillerstraße, die notwendig geworden sind, wurden aus gesetzlichen Grundlagen, das ist unbestritten, da können wir über politischen Mutwillen nicht diskutieren, das ist eine Vorgabe, die wir zu erfüllen haben, wurden Bordsteinkanten adaptiert und Sichtfelder wurden vor Übergängen geschaffen im Vorfeld, die jetzt auf Gehsteige erhöht wurden, wie Sie es genau sagen. Für diese Verkehrssicherheitsmaßnahmen wurden insgesamt 14 Stellplätze in Anspruch genommen, am Anfang war von hunderten Stellplätzen die Rede, es sind also 14 Stellplätze dafür in Anspruch genommen worden und die Kosten für die gesamten Maßnahmen, wir können das nicht auseinanderrechnen, aber alles, was da im Bereich der Gehsteige stattgefunden hat belaufen sich auf 177.600 Euro. Laut der Aufwandsgenehmigung vom 7. 5. 2010, die Endabrechnung ist noch nicht erfolgt. Soweit die konkrete Antwort auf Ihre Frage.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Danke für Ihre Antwort, auch 117.000 Euro sind eine Menge Geld und in anderen Städten hat man also keine Aufregung gehört, also scheinbar läuft in der Stadt Graz doch einiges anders. Auch Ihr Koalitionspartner ist nicht überzeugt, gibt es eine Meldung in der Kronen Zeitung heute, wo es heißt, man soll diese Maßnahmen prüfen und eventuell zurücknehmen. Also auch sehr verspätet kommt die ÖVP drauf, die FPÖ, wir Freiheitlichen haben schon seit einem Jahr auf diesem Thema getrommelt, aber sichtlich hat der Bürgermeister einen besseren Kontakt zur Krone. Meine Zusatzfrage: werden Sie auf Geheiß der ÖVP Ihre Maßnahmen wieder zurücknehmen und den GrazerInnen wieder mehr Parkplätze zur Verfügung stellen (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Können Sie die Frage kurz wiederholen, ich habe ganz kurz nicht aufgepasst.

GR. Ing. **Lohr**: Das ist eine wichtige Frage, auch der Herr Bürgermeister möge zuhören. Werden Sie auf Geheiß der ÖVP Ihre Maßnahmen wieder zurücknehmen und den Grazern wieder mehr Parkplätze zur Verfügung stellen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Auf Geheiß der ÖVP, habe ich das richtig verstanden? Wir werden heute noch diskutieren und Sie werden heute noch viele Beispiele hören und es ist kein Grazer Phänomen, das werde ich Ihnen heute auch noch erklären können.

GR. Ing. **Lohr**: Das ist keine Antwort.

## 7) Mietpreiserhöhung Eishalle Liebenau

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurück zur Realität so lautete die Schlagzeile einer großen Tageszeitung im Sommer, wie wir alle mit einer Inflation an Visionen konfrontiert wurden von Reininghaus bis zur Murgondel und ich denke, wenn wir in unsere Stadt blicken ist es höchst an der Zeit, dass wir die Realität wieder wahrnehmen. Während nämlich bevorzugt Spitzenpolitiker von der ÖVP von Visionen träumen sind viele Grazerinnen und Grazer im Alltag längst da und dort mit Alpträumen konfrontiert. Ich will heute über eines dieser Alpträumebeispiele sprechen und zwar geht es um die überfallsartige Mietpreiserhöhung für die NutzerInnen der Eishalle Liebenau. Da hat es im späten August eine Preiserhöhung von bis zu 100 Prozent gegeben. Die Einzelstunde wurde von 86 auf 160 Euro erhöht und die Nettoeiszeit wurde von 60 auf 50 Minuten verringert, also eigentlich mehr als hundert Prozent Erhöhung, beim Zehnerblock ist es etwas weniger. Prekär war es deshalb auch, weil diese Erhöhung die Vereine zu einem Zeitpunkt getroffen hat, wo die sämtlichen Vorbereitungen abgeschlossen waren und überhaupt keine Möglichkeit mehr war, dass die Vereine noch handeln konnten und die Auswirkungen, glaube ich, die werden oder ich hoffe ich, waren nicht so gewünscht, weil es wird soweit kommen, dass viele Vereine, erstens aus Graz abwandern werden, viele Vereine sich vor allem bei der Jugendarbeit einschränken werden müssen und ich schon Beispiele gehört habe, dass Vereine ihre

Mitgliedsbeiträge von 100 auf bis zu 300 Euro erhöhen werden. Was das bedeutet, glaube ich, können wir uns alle denken, es wird vor allem die jungen Sportlerinnen und Sportler treffen, es wird das Grazer Dameneishockey treffen, das massivst davon betroffen ist, auf das wir eigentlich stolz waren. Wenn ich an die Eishockey-EM denke, die vor kurzem in Graz war. Ja ich denke, dass wir da aufgerufen sind, etwas zu verändern und es kann dann kein Trost sein, wenn sich dann die verantwortlichen Politiker hinstellen bei den Gesprächen mit den Vereinen und sagen, sie waren selber überrascht von dieser Erhöhung und können jetzt leider nichts mehr tun.

Deshalb, sehr geehrter Herr Stadtrat, möchte ich an Sie die

### **F r a g e**

richten: Warum waren Sie als der immerhin zuständige Beteiligungsreferent nicht in der Lage, die überfallsartige Mietpreiserhöhung für die Eishalle Liebenau, die für zahlreiche kleine Breiten- und Jugendsportvereine existenzbedrohend ist, zu verhindern (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Jetzt darf ich Ihnen ein bisschen helfen den Realitätsbezug wieder zu bekommen, nachdem Sie offensichtlich ohne Vorinformation hier Dinge festgehalten haben, die vielleicht irgendwann einmal diskutiert worden sind, das weiß ich nicht, jedenfalls aber nicht den Tatsachen entspricht. Zunächst einmal ein Hinweis auf die derzeitigen Eispreise. Derzeit kostet eine Stunde in Frohnleiten 80 Euro, eine Stunde in Hartberg kostet 118 Euro und eine Stunde in Hart bei Graz kostet 122,05 Euro. In der Eishalle Liebenau kostet derzeit die Stunde 76,15 Euro. Das heißt, wir sind mit Abstand jene Eishalle mit den niedrigsten Preis und das ist auch nur deshalb zustande gekommen, weil wir festgestellt haben, dass im Laufe der letzten Jahre nie eine Preisanpassung erfolgt ist. Das heißt, ich



denke, bisher war es eher umgekehrt so, die Jugend und andere Vereine im Eisbereich sind aus den Umlandgemeinden in die Stadt gekommen. Der Selbstkostenpreis einer Stunde in der Eishalle kostet 244 Euro. Als ich diesen Preis gehört habe, war ich selber sehr verwundert und wir haben uns erkundigt, auch in Klagenfurt in der Eishalle in der der Klagenfurter KAC spielt, dort ist man ebenfalls auf einer Höhe von 240 Euro pro Stunde. Wenn Sie das ausrechnen, die Selbstkosten und das, was wir bisher verlangt haben, dann kommen wir im Jahr auf eine Subvention für die Eissportvereine, für alle, die das Liebenauer Eis benützen in einer Größenordnung von zirka 670.000 Euro. Mit 670.000 Euro pro Jahr subventioniert die Stadt Graz den Eissport, dazu kommen selbstverständlich noch Subventionen, die über das Sportamt gegeben werden. Nur damit Sie eine Größenordnung haben von diesen 672.000 Euro, das ist soviel wie die Stadt für den steirischen Herbst pro Jahr bezahlt. Nachdem diese Zahlen bekannt waren und wir auch über das Budget für das nächste Jahr mit der Eishalle, also mit der Messe, die ja die Eishalle betreut, betreibt, durchdiskutiert haben, haben wir den Geschäftsführer aufgefordert hier eine Lösung vorzuschlagen, die sich erstens an den Preisen der Hallen rund um Graz orientiert und zweitens eben diese 672.000 Euro jedenfalls reduziert. Ab jetzt bin ich durchaus mit Ihnen einer Meinung, dass die Vorgangsweise hier der Messe aus meiner Sicht nicht sehr geschickt war, weil sie sehr lange gewartet hat mit der Preismeldung und dann eine Stufe vorgeschlagen hat, nämlich das wir insgesamt 130 Euro pro Stunde erreichen wollen und zwar in drei Schritten, heuer 120 Euro, nächstes Jahr 125 Euro und dann 130 Euro. Ich habe mich dann mit dem Direktor, Herrn Egger, zusammengesetzt und habe ihn beauftragt von den 120 Euro jedenfalls runterzugehen, das Ergebnis war, dass wir auf 110 Euro angekommen sind, fünf Euro muss er aus dem operativen Betrieb einsparen und für die restlichen Euro kann er in diesem Jahr eine Budgetüberschreitung für sein Budget angeben. Damit sind die Preise im heurigen Jahr bei 110 Euro pro Stunde immer noch billiger als in Hartberg, immer noch einiges billiger als in Pachern bei Graz, Hart bei Graz, nächstes Jahr werden sie dann 120 Euro kosten, im dritten Jahr 130 Euro. Ich denke, dass das jedenfalls Preise sind, die wir auch verantworten können und ich glaube auch, dass damit alle Eissportvereine

durchaus ein Angebot haben, das für sie jedenfalls auch konkurrenzfähig ist. Eines muss auch gesagt sein, die Eishalle in Graz bietet Zuschauer für über 3500 Personen, sie ist eine Eishalle für Klubs mit einer hohen Zuschauerzahl. Wenn es tatsächlich so ist, dass der eine oder andere Verein für Eisstockschießen oder für Hobbyeishockey einmal nach Pachern bei Graz geht, weil es dort um einige Euro, in Zukunft aber erst, noch nicht heute, billiger sein wird, dann denke ich, ist das auch kein riesengroßes Problem, es ist eben Aufgabe der Stadt diese Halle, und das wird uns in Zukunft noch sehr beschäftigen, eben auch für Eishockeyklubs bereitzuhalten mit einer derart hohen Zuschauerzahl.

GR. Mag. **Haßler**: Ich denke, dass Sie mir zustimmen werden, dass eine Erhöhung von 76 Euro auf 110 Euro und wenn sich die Nettoeiszeit von 60 auf 50 Minuten verringert trotzdem eine Erhöhung um ungefähr 80 % ist. Und wenn sich die Mitgliedsbeiträge von 100 auf 300 Euro erhöhen, dann trifft es die sozial Schwachen, also ich glaube, Handlungsbedarf ist trotzdem da. Aber Sie haben ja auch von der Zukunft gesprochen, ich habe den Artikel einer Zeitung, wo steht, neue Eishalle geplant, 2015 soll die neue Eishalle in Betrieb gehen. Daher meine Zusatzfrage: Wenn die neue Eishalle geplant ist, vor ungefähr einem dreiviertel Jahr gab es die Optionsmöglichkeit neben der Eishalle Liebenau ein Grundstück zu erwerben, das weiß ich aus meiner Tätigkeit bei der GBG, das wichtig gewesen wäre um die Arrondierung dort Stadion Liebenau, Eishalle perfekt durchführen zu können. Warum wurde dieses Grundstück nicht erworben?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal, weil es aus heutiger Sicht ja keine Entscheidung gibt, weil es überhaupt nicht sicher gegeben ist, dass, wenn die Eissporthalle neu gebaut wird, dass sie an dem Standort gebaut wird, an dem sie jetzt

steht. Es gibt sehr viele andere Überlegungen über die Standorte. Zum Zweiten wollte ich Ihnen noch sagen, das ist auch nicht ganz richtig mit der Reduzierung von 60 auf 50 Minuten, es ist ausgemacht und es ist auch bei allen anderen Eishallen der Fall, dass nach der Nutzung durch einen Verein oder durch jemand anderen eine Eisreinigung erfolgt. Wenn eine Nutzung tatsächlich für eine Stunde ist, dann muss zehn Minuten für die Eisreinigung zur Verfügung gestellt werden. Wenn dort ein Eishockeyklub etwa vier Stunden spielt und trainiert dann sind das selbstverständlich nicht viermal zehn Minuten die abgezogen werden, sondern am Ende nach 3 Stunden 50 Minuten müssen einmal zehn Minuten für die Eisreinigung verwendet werden. Ich glaube, das ist auch nichts aufregendes, sondern ganz normal auch in anderen Eissporthallen so (*Applaus ÖVP*).

## 8) Bauvorhaben Brucknerstraße

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Frau Stadträtin, liebe Elke! Über 90 % der BewohnerInnen des Wohnhauses Brucknerstraße 42 bis 48 fordern dich im Rahmen einer Unterschriftenaktion auf, das dort geplante Bauvorhaben unverzüglich zu stoppen und stattdessen die Grünflächen samt der alten Bäume zur Freizeitnutzung zu erhalten. Die erst kürzlich für Graz erhobenen Lebensqualitätsindikatoren belegen, dass in den dicht besiedelten Bezirken westlich der Mur und auch in Jakomini besonders großer Handlungsbedarf herrscht. Das sind auch gleichzeitig die Bezirke mit dem höchsten Kinder- und Jugendanteil. Das Grundstück mit dem städtischen Wohnhaus Brucknerstraße ist außerdem Teil des grünen Netzes Graz, das ein wesentlicher Baustein des städtischen Grünraumkonzeptes ist, das der Vernetzung bestehender Grün- und Freiflächen durch lineare verbindende Wege und Grünelemente dient. Die KPÖ hat monatelang

plakatiert, wir verraten euch nie. Wir verraten euch nie, glaubst du nicht, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dieses städtischen Wohnhauses sich verraten fühlen, weil sie nicht von dir als zuständige Stadträtin davon erfahren haben, dass die Grünfläche vor ihrem Haus verbaut werden soll? Es gibt in der Stadt Graz eine gute Tradition für BürgerInnenbeteiligung und ich frage mich, ob dir der Kontakt zu den Menschen in städtischen Wohnhäusern so wenig Wert ist. Die Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich auch verraten, weil sie teilweise schon seit Jahrzehnten dort leben, weil ihnen die Grün- und Freizeitflächen und die alten Bäume ans Herz gewachsen sind und die sollen ihnen nun genommen werden. In den städtischen Wohnungen leben viele Familien mit geringem Einkommen, für die ist es besonders wichtig, dass in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld Grünflächen vorhanden sind. Ich frage dich daher: Durch welche konkreten Schritte wirst du dich für dieses Anliegen einer überwältigenden Mehrheit der BewohnerInnen einsetzen und darf dir gleichzeitig die Unterschriften übergeben.

StRin. **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich wollte eigentlich einfach auf die konkrete Frage eine konkrete Antwort geben, aber einige Bemerkungen jetzt deinerseits, da muss ich wirklich schmunzeln, ich führe sie aber auch nicht länger aus, weil ich glaube, es gibt kaum jemanden der hier im Gemeinderat anwesenden Politiker und Politikerinnen, die so viel, nicht nur bei unseren Gemeindemieterinnen und Gemeindemieterinnen ist, manche kennen ja unsere städtischen Wohnhäuser, nicht nur in der Brucknerstraße, sondern vor allem in noch exponierteren Gegenden nur vom Hörensagen. Wie es Menschen mit geringem Einkommen geht, denke ich, brauche ich auch nicht lange hier ausführen, ich höre mir die Anliegen nicht nur an, sondern versuche auch tagtäglich Leuten ganz konkret zu helfen, zu beraten und zu unterstützen, das nur soweit und das habe ich nicht nur in meiner Funktion als Stadträtin gemacht, sondern auch zuvor. Ich denke die grüne Partei nimmt es soweit ernst, dass sie soziale Belange eben nicht nur wenige Tage vor der Wahl ernst nimmt,

sondern auch die Jahre zuvor und auch in Zukunft. Weil eines der wichtigsten Probleme, und das ist der soziale Wohnbau, dieser Problematik hat sich über Jahrzehnte hindurch niemand angenommen. Seit 15 Jahren haben wir keine Grundstücke angekauft und dass die Situation jetzt so ist, wie sie ist, dass wir auf Grundstücke oft angewiesen sind, die sicherlich nicht optimal sind, wir haben hier stundenlang debattiert, dass es eigentlich notwendig wäre, in Stadtteilen in der Stadt Graz Grundstücke anzukaufen, wo kaum oder wenig kommunaler Wohnbau vorhanden ist. Tatsache ist jetzt, dass wir handeln müssen, es sind 1.700 bewilligte Ansuchen im städtischen Wohnungsamt, das sind alles Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, auch sehr hoher MigrantInnenanteil, für den ihr euch immer sehr stark auch eingesetzt habt, dass die Öffnung der Gemeindewohnungen in diese Richtung geht, das ist auch erfolgt, erfreulicherweise muss ich sagen und ihr habt mit uns ein Sonderwohnbauprogramm unterschrieben, das zum Ziel hat, in dieser Periode Grundstücke für 500 Gemeindewohnungen zu realisieren. Genau das versuche ich nach bestem Wissen und Gewissen umzusetzen, hier geht es ganz konkret um 20 Wohneinheiten, das werden Wohnungen werden in Massivholzbauweise, es hat einen Wohnungsvergabeausschuss gegeben, wo alle Parteien, auch deine Partei diesem konkreten Projekt zugestimmt hat. Die einzige Fragestellerin war die Kollegin Gemeinderätin Bauer, soviel ich weiß, dein Sozialsprecher hat durchaus diesem Stück zugestimmt, auch im Gemeinderat ist dieses Stück ausführlich besprochen worden, auch hier haben alle Parteien zugestimmt und das wundert mich jetzt schon sehr, dass hier jetzt das in Frage gestellt wird. Der Umgang mit unseren Mieterinnen und Mietern kannst du dir ausrechnen, ist uns nicht unwichtig, wir haben auch schon vor dem Sommer geplant, dass wir im Herbst eine Informationsveranstaltung durchführen werden mit allen Mieterinnen und Mietern und das wird selbstverständlich auch erfolgen (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Ich freue mich zu hören, dass es eine Informationsveranstaltung geben wird, ich glaube nur, dass das ein bisschen spät ist, weil da die Dinge schon beschlossen sind und einfach nicht gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wurde und ich entnehme deiner Antwort, dass du auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger keine Rücksicht nehmen kannst.

StRin. **Kahr**: Wenn es Anliegen gibt (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), die zum Ziel haben, dass man Freiflächen dort für die BewohnerInnen weiterhin zur Verfügung stellt, dann werden die positiv in dieser Informationsveranstaltung beantwortet werden können (*Applaus KPÖ*).

## 9) Mehr Personal für das Sozialamt

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage betrifft ein wichtiges Thema, nämlich mehr Personal für das Sozialamt. Die Aufgaben und der damit verbundene Arbeitsaufwand für die Bediensteten des Sozialamts sind in den letzten Jahren sukzessive angestiegen und stellen bereits jetzt eine ziemliche Belastung dar. Da auf Perspektive auch die Bearbeitung der geplanten Auszahlung der bedarfsorientierten Mindestsicherung ein zusätzlicher Aufgabenbereich des Sozialamts sein wird, ist es aus Sicht der KPÖ dringend erforderlich, mehr Personal dafür vorzusehen.

Deshalb richte ich eben an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

**Frage:**

Werden Sie sich als Verantwortlicher für das Personalamt in Kooperation mit der zuständigen Stadträtin dafür einsetzen, dass mehr Personal für den zusätzlichen Aufgabenbereich im Zusammenhang mit der geplanten bedarfsorientierten Mindestsicherung im Sozialamt eingesetzt wird (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr verehrte Frau Gemeinderätin! Es freut mich, dass es ein Anliegen der KPÖ ist für eine Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, das entsprechende Personal bereitzustellen. Aber ich darf Ihnen versichern, das ist nicht ausschließlich das Anliegen der KPÖ, sondern durchaus auch anderer. Ich darf Ihnen die Stellungnahme dazu vom Personalamt vorlesen. Anstelle der in anderen Abteilungen der Stadt erfolgten Kürzung des Dienstpostenbestandes wurden im Dienstpostenplan 2010 für das Sozialamt in Würdigung der steigenden Fallzahlen zwei Dienstposten für den allgemeinen Fachdienst C zusätzlich geschaffen. Einer Beurteilung der Leitung des Sozialamtes zufolge wird mit dem Inkrafttreten des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes aus heutiger Sicht im Bereich offene Sozialhilfe ein zusätzlicher Personalbedarf im Ausmaß von drei Bediensteten gegeben sein. Auf das im Verlaufe des heurigen Jahres bereits verzeichnete massive Ansteigen der Zahl der eingebrachten Anträge im Referat offene Sozialhilfe wurde und wird auch fortlaufend im Einvernehmen mit der Leitung des Sozialamtes im Wege einer verstärkten Zurverfügungstellung von zusätzlichen Personal reagiert. Seit April dieses Jahres wurden zehn Bedienstete zum Sozialamt versetzt, deren Eignung für die besonders belastende Tätigkeit im Referat offene Sozialhilfe abgeklärt wurde und wird. Zwei weitere Bedienstete werden voraussichtlich in den nächsten Wochen folgen. Unter Einbeziehung der im Sozialamt zu verzeichnenden Personalabgänge kann aus heutiger Sicht die Feststellung getroffen werden, dass bereits alle personellen Vorkehrungen getroffen wurden, um die für die Vollziehung des Steiermärkischen

Mindestsicherungsgesetzes erforderlichen Personalkapazitäten bereitzustellen. Soweit die Stellungnahme vom Personalamt.

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Ich bedanke mich für die Stellungnahme und es war mir natürlich sehr klar, dass wir nicht die einzige Partei sind, die darüber irgendwie sich Gedanken machen. Fakt ist, wichtig ist eigentlich nur, dass dann alle an einem Strang ziehen und die Notwendigkeit erkennen und es entsprechend mehr Personal und Unterstützung gibt. Danke (*Applaus KPÖ*).